

Sitzungsperiode 2019-2020
Sitzung des Ausschusses I vom 9. März 2020

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 122 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum „Green Bond“ als Finanzierungsmodell für nachhaltige Projekte**

Der erste wallonische « Green Bond » war ein unglaublicher Erfolg und konnte innerhalb nur weniger Tage eine stolze Summe von einer Milliarde EUR aufreiben. Der Finanzbedarf des Jahres 2019 der Wallonie konnte somit praktisch komplett abgedeckt werden.

Der Green Bond ist eine Obligation, deren Erlös dazu bestimmt ist, Energie- und Klimaschutzprojekte zu finanzieren bzw. zu refinanzieren. Als Beispiel dafür möchte ich kurz

- die Ecopack und Rénopack Prämien,
- Konzepte von Bahnhöfen als multimodaler Mobilitätsknoten / Konzepte multimodaler Bahnhöfe
- das Projekt Ureba
- Projekte zur beruflichsozialen Eingliederung

nennen.

Die Wallonie hat Angebote in Höhe von rund 3.5 Milliarden EUR erhalten, die von insgesamt 145 Order institutioneller Anlegern stammten. Die gewünschte ursprüngliche Finanzierung von einer Milliarde EUR wurde im Nu unter Dach und Fach gebracht und erstreckt sich über 2 Zeiträume: 7 bzw 15 Jahre.

Die Anleihe konnte zu besonders günstigen Konditionen aufgenommen werden : 0.36% und 1.25%.

Der Erfolg dieses ersten „Green Bond“-Kapitels in der wallonischen Geschichte beweist nicht nur, dass die Wallonie wieder als starker Player auf dem Finanzmarkt auftritt, sondern auch dass die Investoren Bereitschaft zeigen, finanzielle Mittel auf den Tisch zu bringen, damit nachhaltige Projekte auf den Weg gebracht werden können.

Die Wallonische Region setzt weiterhin auf Transparenz, Kommunikation und Flexibilität, was den eingeschlagenen Finanzpfad angeht. Deshalb mag es nicht verwundern, dass der Green Bond wohl auch in Zukunft eine Rolle spielen wird, um die regionale Finanzierung weiter abzusichern. Wir dürfen also auf weitere Editionen hoffen!

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

Meine Fragen nun hierzu, werter Herr Ministerpräsident:

- *Wäre diese Art der Emission von Obligationen auch in der DG möglich, um beispielsweise Energie-Prämien zu finanzieren sowie Projekte (zum Klimaschutz oder zur sozioberuflichen Eingliederung) zu finanzieren?*
- *Könnten in diesem Zusammenhang Synergien mit der Wallonischen Region aufgebaut werden, insbesondere um gemeinsame Projekte auf dem Gebiet der DG zu finanzieren – dies vor dem Hintergrund der aufkommenden Problematik der Verringerung der Investitionskapazität?*

• **Frage Nr. 123 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur Besetzung des Informations- und Kommunikationszentrums mit deutschsprachigen Beamten**

Das Informations- und Kommunikationszentrum (CIC) ist eine Abteilung des Bezirks-Informations- und Kommunikationsdienstes (SICAD) der föderalen Polizei. Die Abkürzung SICAD steht für *Service d'information et de communication de l'arrondissement*. Das Informations- und Kommunikationszentrum ist für die Weiterleitung von 101 Notrufen bei der Polizei und die Entsendung von Teams verantwortlich, entweder direkt oder in Verbindung mit einer zonalen Entsendung der örtlichen Polizei. Das Informations- und Kommunikationszentrum Lüttich verwaltet alle Anrufe/Events der Provinz Lüttich von dem in der rue Saint-Léonard gelegenen Gebäudekomplex der föderalen Polizei Lüttich aus. Dieser Dienst wird noch in diesem Jahr nach Vottem umziehen.

Die 101-Notrufe aus den Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden derzeit innerhalb des digitalen Kommunikationsnetzes ASTRID von deutschsprachigen Mitarbeitern verwaltet. Allerdings ist es so, dass der Mitarbeiter einer französischsprachigen Regionaldienststelle französischsprachig sein muss oder die Sprachprüfungen gemäß Artikel 7 des königlichen Erlasses vom 8. März 2001 bestanden haben muss. Dieser königliche Erlass legt die Bedingungen fest für die Vergabe von Sprachzertifikaten, so wie sie in Artikel 53 der koordinierten Gesetze über den Gebrauch von Sprachen in Verwaltungsangelegenheiten vom 18. Juli 1966 vorgesehen sind.

Es scheint nun, dass die neu eingesetzten deutschsprachigen Polizeiinspektoren nicht den genannten Anforderungen genügen. Folglich können derzeit deutschsprachige Polizeiinspektoren, die die in Artikel 7 des königlichen Erlasses vom 8. März 2001 genannten Sprachprüfungen nicht bestanden haben, weder an Lüttich angeschlossen noch nach Lüttich abgeordnet werden. Somit besteht die Gefahr, dass die Notrufzentrale bald nicht mehr mit genügend deutschsprachigen Mitarbeitern besetzt ist.

Diesbezüglich möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

- *Können Sie diese Informationen bestätigen?*
- *Wenn dem so ist, was kann die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unternehmen, um einer drohenden Unterbesetzung des Informations- und Kommunikationszentrums (CIC) in Lüttich mit deutschsprachigem Personal entgegenzuwirken?*

• **Frage Nr. 124 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zum Interreg-Projektaufruf für Mikroprojekte in der Großregion**

Am 10. Dezember 2019 fand in Burg-Reuland eine Informationsveranstaltung zum bevorstehenden Interreg - Projektaufruf für sogenannte Mikroprojekte in der deutsch – luxemburgisch – französisch - belgischen Großregion statt.

Ziel solcher kleinen, bürgernahen Projekte ist es, grenzüberschreitend die Begegnung und den Austausch zwischen Bürgern, Vereinen, Organisationen, Besuchern und öffentlichen Einrichtungen anzuregen; zudem zählen auch Gemeinden und Schulen zu den potentiellen Antragstellern.

Durch die Förderung von bürgernahen Aktivitäten sollen indes das Bewusstsein für die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg, die Wahrnehmung und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Grenzregion sowie nicht zuletzt die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner gestärkt werden.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Welche genaueren Einsichten in die konkreten Förderbedingungen für Mikroprojekte erhielten die Teilnehmer der besagten Informationsveranstaltung?*
- *Ist der diesbezügliche Projektaufruf bereits erfolgt bzw. wann erfolgt dieser?*
- *Welches könnten aussichtsreiche Projektideen insbesondere aus Sicht der potentiellen ostbelgischen Antragsteller sein?*

• **Frage Nr. 125 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Kampf gegen Rassismus**

Vor rund einem Jahr, am internationalen Tag gegen Rassismus, hat die DG eine engere Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg in den Bereichen Antidiskriminierung, Demokratieförderung und Extremismusprävention gestartet. Der Wille nach einer verstärkten Kooperation nahm Form an und eine entsprechende Absichtserklärung wurde unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung des Vertrags wurde ein sogenannter Lenkungsausschuss eingesetzt, der mit der Begleitung, der Kontrolle und der Evaluierung der Zusammenarbeit betraut wurde.

Auch unserer Premierministerin Sophie Wilmes sind Hasstiraden und Rassismus ein Dorn im Auge. Die teilweise heftigen Reaktionen auf aktuelle Trauerspiele in den sozialen Medien, seien es nun der Brandanschlag auf ein Asylzentrum in Bilzen oder aber das Drama in La Panne, sind nur einige Beispiele von vielen, die aufzeigen, wie wichtig es ist, Hass als Instrument einzudämmen und zu verbannen, damit es kein weiteres Echo in unserer heutigen Gesellschaft findet. Am 23. Januar 2020 unterbreitete die liberale Premierministerin daher den Vorschlag, eine interministerielle Konferenz ins Leben zu rufen, die sich konkret dem Kampf gegen Rassismus widmen sollte. Ein Vorschlag, welcher am 19. Februar 2020 offiziell durch den Konzertierungsausschuss angenommen wurde. Der Weg wurde nun geebnet, um eine die Koordination der Initiativen gegen Rassismus zu stärken und zu verbessern. Der Gedanke dahinter ist simpel: zurzeit existieren 2 Handlungsfelder – der Föderalstaat und die Teilstaaten, die mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten unterwegs sind.

Meine Fragen nun hierzu, werter Herr Ministerpräsident:

- *Was hat sich nach der Unterzeichnung der Erklärung mit Baden-Württemberg heute – ein Jahr später – im Bereich Kampf gegen Rassismus getan?*
- *Wie bewerten Sie die Einsetzung einer interministeriellen Konferenz zum Kampf gegen Rassismus? Können Sie uns nähere Informationen dazu liefern?*

• **Frage Nr. 126 von Herrn FRANSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Entwicklung des Haushaltsergebnisses 2020**

In Anbetracht der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus „SARS-CoV-2“ und der damit einhergehenden Folgen für die Wirtschaft, haben laut einer Umfrage der Wirtschaftszeitung

„De Tijd“¹ drei der vier führenden Banken Belgiens in den letzten Tagen für das Jahr 2020 einen Rückgang des belgischen Wirtschaftswachstums prognostiziert. Die KBC, die ING und BNP Paribas Fortis senken dabei ihre bisherige Einschätzung von 1 % auf 0,7 % bis 0,8 % Wachstum für das laufende Jahr. Die BNP Paribas Fortis hat gegenüber der Zeitung sogar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine weitere Reduzierung nicht ausschließen.

Da der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem sehr erheblichen Maße von dem Parameter des Wirtschaftswachstums abhängig ist, wird sich die bereits im Vorjahr begonnene, sich nun nochmals verstärkende deutliche Abkühlung des Wirtschaftswachstums weiterhin negativ auf den Haushalt auswirken. Bisher soll der Ursprungshaushalt 2020 bei einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 1,1 % mit einem ausgeglichenen Haushalt bzw. mit einem kleinen Plus in Höhe von 973.000 schließen.

Vor diesem Hintergrund richte an den Ministerpräsidenten folgende Fragen:

- *Welche Auswirkungen hat ein Wirtschaftswachstum von 0,7 % auf das Ergebnis des Haushaltes 2020?*
- *Teilt die Regierung die Prognose der drei führenden Banken Belgiens, dass sich das Wirtschaftswachstum von 1 % auf 0,7 % bis 0,8 % reduzieren wird?*
- *Welche Entscheidungen wird die Regierung treffen, um weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis des Haushaltes 2020 zu erzielen?*

• **Frage Nr. 127 von Frau SCHMITZ (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zur Beteiligung der DG am EU-Programme LIFE IP**

Letztes Jahr veröffentlichte die Deutschsprachige Gemeinschaft ihren eigenen Energie- und Klimaplan. Ziel ist es die CO₂-Emissionen auf dem Gebiet der DG bis 2030 um 40% zu reduzieren. Die DG und die Gemeinden wollen an einem Strang ziehen, um Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung zu ergreifen. Im Rahmen der Regierungssitzung vom 19. Februar 2020 genehmigte die DG die Teilnahme an dem EU-Programm „LIFE IP“. Das Programm möchte die Teilnehmer bei juristischen Fragen zum Thema Klimaschutz beratend zur Seite stehen und unterstützt die Teilnehmer bei gewährten Projekten auch finanziell.

Im Rahmen des Programms plant die DG die Schaffung einer Beratungsstelle für die Gemeinden im Süden der DG. Die Gemeinden im Norden der DG lehnen eine Projektbeteiligung ab. Der Austausch zwischen den Gemeinden, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Partnern des LIFE-IP-Projekts soll durch vorhandenes Personal im Fachbereich Standortentwicklung gewährleistet werden. In einer ersten Phase werden die Bedarfe der Eifelgemeinden analysiert. In einer zweiten Phase sollen konkrete Projekte angegangen werden, die mit Hilfe von anderen Fördermitteln finanziert werden sollen. Das Projekt hat eine Gesamtlaufzeit von 8 Jahren. Die DG nimmt allerdings lediglich 4 Jahre an der Aktion teil. Die Gesamtkosten des vierjährigen Projekts werden sich auf 475.963,80€ belaufen, wovon die DG 40%, also 190.385,20€ tragen wird.

Zu diesem Projekt stellten sich mir folgende Fragen:

- *Warum lehnen die nördlichen Gemeinden eine Beteiligung an dem EU-Programm ab?*
- *Warum beteiligt sich die DG lediglich 4 Jahre an diesem EU-Programm?*

¹<https://www.tijd.be/dossiers/coronavirus/corona-duwt-belgische-groei-naar-laagste-peil-in-zeven-jaar/10211996>

• **Frage Nr. 128 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Finanzierung der Kirchenfabriken bzw. Unterhalt der Kirchengebäude**

Ob in der Gemeinde Kelmis oder in Burg-Reuland, Gemeindeverantwortliche aller Couleur stellen sich vielerorts die Frage, wie man in Zukunft den Unterhalt kirchlicher Infrastruktur – Kirchen Kapellen, Pfarrhäuser usw. - finanzieren soll.

Verschärft wird die Lage seit Ende letzten Jahres durch den Beschluss der Regierung der DG, kirchliche Infrastrukturprojekte nur noch im Rahmen des Denkmalschutzes zu bezuschussen.

Weder die Gemeinden, noch die Deutschsprachige Gemeinschaft scheinen derzeit über die nötigen Gelder zu verfügen, um die etwa 100 Kirchen und Kapellen in der DG zu unterhalten.

Angesichts einer oft geringen Nutzung stellt sich manchmal berechtigt die Kosten-Nutzenfrage, die sich nicht nur die Politik, sondern auch die Pfarrverantwortlichen selbst stellen.

Problematisch ist auch eine Gesetzgebung, die noch aus den Zeiten Napoleons stammt und alle Betroffenen in die Zwickmühle bringt.

Die zur Verwaltung der Pfarren durch Napoleon geschaffenen sogenannten Kirchenfabriken stehen aufgrund eines schwindenden Kirchenbesuchs vor immer größeren Herausforderungen um kaum genutzte Kirchen und Kapellen in Schuss zu halten.

Auch auf regionaler Ebene wird in Belgien nach neuen Wegen gesucht. So war vergangene Woche aus der Presse zu entnehmen, dass in der Region Brüssel-Hauptstadt ab diesem Jahr die regionale Ebene den Ausgleich der Defizite der Kirchenfabriken übernimmt. Allerdings führt sie eine Begrenzung ein: Defizite in den laufenden Ausgaben werden nur für maximal 30% übernommen, fusionieren Kirchenfabriken, können es bis zu 40% sein. Für Investitionen ist sogar vorgesehen, dass Kirchenfabriken erst möglichst erst bestehende Vermögenswerte, sprich Schenkungen oder Immobilienbesitz verwenden müssen.

Diese Entwicklungen sind Anlass dazu, auch bei uns diese Thematik aufzubringen und zum jetzigen Zeitpunkt ihren Standpunkt zu erörtern.

Herr Ministerpräsident, in Anbetracht der Tatsache, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft Ende 2019 entschieden hat, ab 2020 nur noch die denkmalgeschützten Kirchen und Kapellen zu bezuschussen, möchte ich Ihnen also folgende Frage stellen:

- *Welche Absichten hat DG-Regierung in Sachen Finanzierung der Kirchenfabriken über eben diese Entscheidung hinaus, nur noch denkmalgeschützte Kirchen und Kapellen zu bezuschussen?*
- *Zu welchem Zeitpunkt wurden die von dieser Entscheidung betroffenen Gemeinden und Kirchenfabriken von dieser Entscheidung informiert?*
- *Auf welche Art und Weise wollen Sie die Gemeinden und die Kirchenfabriken bzw. die Pfarren in künftige Überlegungen zu Reformen mit einbeziehen?*

• **Frage Nr. 129 von Herrn NELLES (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Task-Force im Bereich der Wirtschaftshilfe**

Vor dem Hintergrund der momentanen Wirtschaftskrise, die sich durch den Ausbruch der sog. Corona-Grippe noch verschärft, richtete die Wallonische Region ab dem 4. März eine Hotline ein, über die sich Betriebe hinsichtlich der verschiedenen Hilfsangebote genauer informieren können.

Leider liegen die Beratungsangebote nicht auf Deutsch vor.

Auch die seitens des föderalen öffentlichen Dienstes für Beschäftigung und Arbeit zu diesem Zweck eingerichtete Webseite ist lediglich auf Französisch und Niederländisch einsehbar.

Daher meine Frage:

Hat die DG-Regierung mit ihren Kollegen der Wallonischen Region und auf föderaler Ebene Kontakt aufgenommen, diese Beratungen künftig auch auf Deutsch anzubieten.